

Platz abbeck

Nr. 6, 7. September 2010

DIE LINKE.
FRAKTION IM RAT DER STADT KÖLN

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Köln
V.i.S.d.P. DIE LINKE., Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41, email: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de,
www.linksfraktion-koeln.de

Gegen den kulturellen und sozialen Kahlschlag

Um das gewaltige Haushaltsloch der Stadt Köln zu stopfen, sollen die Bürgerinnen und Bürger heangezogen werden. Die Stadtspitze und die Ratsmehrheit aus SPD und Grünen wollen soziale und kulturelle Dienste kürzen sowie Gebühren erhöhen.

Für die städtischen Dezernate und freie Träger wie Jugend- und Bürgerzentren, Gesundheits-, Kultur- und Sozialinitiativen gilt schon seit Jahresbeginn eine 12,5prozentige Pauschalkürzung. Öffnungszeiten wurden reduziert, befristete Arbeitsverträge nicht verlängert, Angebote für Kinder, Jugendliche oder Senioren eingeschränkt. Diese Pauschalkürzung soll das Haushaltsdefizit von rund 530 auf 430 Mio. Euro senken, bei einem Gesamthaushalt von rund 3 Milliarden Euro. Dazu kommen weitere Schwerpunkt-Kürzungen in Höhe von rund 35 Millionen in 2010 und 65 Mio. in 2011 (*Details Seite 2 bis -3*).

Doch diese massiven Einsparungen sind nur der Anfang. Aktuell arbeitet die Verwaltung an weiteren Kürzungen in Höhe von 150 Mio. Euro jährlich, mit der das Defizit für 2010 auf unter 300 Mio. reduziert werden soll.

Angeblich soll dieser Sozial- und Kulturabbau nach einigen Jahren zu einer Gesundung des Haushaltes führen. Doch das ist Schönfärberei. Die Kommunen sind unterfinanziert. Das Sparen wird zum Totsparen. Soziale Dienste werden nach und nach zerstört, die Stadt wird trotzdem weiter Richtung Pleite treiben – wenn nicht endlich umgelenkt wird und die Unternehmer und Besitzenden zur Finanzierung öffentlicher Ausgaben herangezogen werden.

Auf Bundesebene wurden Banken, Konzerne und Reiche von den Regierungen Kohl, Schröder und Merkel mit Steuergeschenken und „Rettungspaketen“ bedacht. Die Kosten wurden auf die Länder und von dort auf die Kommunen abgewälzt. Allein das „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ der Merkel-Regierung kostet die Kommunen in 2010 1,6 Milliarden Euro. Die vom Land

NRW auf die Kommunen übertragenen Aufgaben der letzten Jahre – z.B. Kinderbildungsgesetz, Offene Ganztagschule, Kommunalisierung der Versorgungsämter – belasten die Stadt Köln zwischen 2007 und 2013 mit über 100 Mio. Euro.

Im Landtagswahlkampf kündigte die SPD an, man werde die „Kommunen nicht im Stich lassen“, doch die jetzt in Aussicht gestellten Hilfen für die NRW-Kommunen von 300 bis 400 Mio. Euro sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Auch die Kosten der Massenarbeitslosigkeit und von Armut und Niedriglöhnen landen bei den Kommunen. Immer mehr Menschen brauchen staatliche Hilfen, die „Kosten der Unterkunft“ für Erwerbslose, GeringverdienerInnen, Jugendliche und Menschen mit niedrigen Renten bezahlen die Städten und Gemeinden.

Im ganzen Land stehen Kommunen am Rand der Pleite. Die wichtigste Einnahme der Städte und Gemeinden, die Gewerbesteuer, ist 2009 um 18% gesunken. Nordrhein-Westfalen ist besonders betroffen. In vielen Kommunen werden Büchereien und Schwimmbäder geschlossen, Auszubildende nicht übernommen.

Allein können die Städte die finanziellen Probleme nicht lösen, auch wenn sie sämtliche Bürger- und Jugendzentren, Theater

und Schwimmbäder schließen, Eintrittspreise und Gebühren verdoppeln und die Förderung von Kultur- und Sozialinitiativen komplett einstellen würden.

Die Städte müssen grundlegend besser ausgestattet werden. Diese Erkenntnis ist nicht neu, das sagen sogar die Oberbürgermeis-

ter der etablierten Parteien. Aber sie kämpfen nicht dafür. Sie setzen den von Bundes- und Länderebene erzwungenen sozialen und kulturellen Kahlschlag brav auf Kosten der Bevölkerung um.

Die LINKE. lehnt den sozialen und kulturellen Kahlschlag ab. Die Betroffenen dürfen sich nicht gegeneinander ausspielen lassen. Wir sollten nicht diskutieren, ob Kultur oder Soziales, Jugend- oder Seniorenzentren wichtiger sind. Es reicht schon lange. Wir lehnen jede Kürzung und jede Gebührenerhöhung zu Lasten der breiten Bevölkerung ab. Die LINKE. verteidigt die sozialen Standards und kämpft für Ausbau der sozialen Dienste.

Wir fordern eine Gemeindefinanzreform, die die kommunale Finanzkraft stärkt, finanziert durch die Besteuerung von Profiten und Vermögen. Schon kurzfristig sollte Köln die Gewerbesteuer erhöhen. Kommunale Haushaltsmittel sollen sinnvolle, qualifizierte und tariflich bezahlte Arbeitsplätze schaffen. Wir kämpfen für ein kommunales Investitionsprogramm zum Bau von bezahlbaren Wohnungen, für den Ausbau von Bildung, Kinderbetreuung und Kultur.



Protestdemonstration vor der Rathaus am 14. September

Das tut weh!

An der Gesundheitsvorsorge zu sparen, ist nicht nur unmenschlich, sondern auch dumm: Es wird sich schnell durch höhere Kosten rächen. Nach der Giftliste der Stadtverwaltung soll an der psychosozialen Betreuung und den Zuschüssen für Selbsthilfegruppen gespart werden.

→ Viele Träger aus dem Gesundheitsbereich wie die AIDS-Hilfe sind außerdem von pauschalen Kürzungen um 12,5% ihrer städtischen Mittel betroffen.

→ Selbsthilfegruppen übernehmen eine wichtige Funktion in der Nachsorge. Am bekanntesten sind die Anonymen Alkoholiker. Betroffene, die einen erfolgreichen Entzug hinter sich haben, nutzen diese Gruppen häufig über Jahrzehnte, um sich Unterstützung für ihre „Trockenheit“ zu holen.

2011 soll diese Kürzung magere 48.900 Euro in die Kasse spülen. Die Folgekosten dürften höher sein.

→ Eine Reduzierung der psychosozialen Betreuung schlägt mit 290.000 Euro zu Buche. Durch unterschiedliche individuelle Hilfen sollen psychisch Kranke befähigt werden, ihr Leben wieder selbstbestimmt zu führen. Das kann auch eine Nachsorgeaufnahme nach einem Klinikaufenthalt sein. Findet sie nicht mehr oder nicht in dem notwendigen Umfang statt, finden die Betroffenen nicht oder nur langsam zurück in ein selbstbestimmtes Leben.

Alt und allein?

Senioren und Seniorinnen werden immer fitter und aktiver. Gleichzeitig lösen sich mehr und mehr familiäre und nachbarschaftliche Bindungen in unserer Gesellschaft auf. „Offene Altenarbeit“ ist ein bewährtes Konzept, damit alte Menschen ihre Freizeit in Kontakten mit anderen Menschen sinnvoll nutzen können. Doch sie bietet nicht nur gemeinsame Unternehmungen an, sondern umfasst auch vielfältige Hilfsangebote wie die Unterstützung von pflegenden Angehörigen.

→ Hier will die Stadt ab 2011 eine halbe Mio. Euro einsparen, in der Beratung 2011 182.000 Euro, in den Folgejahren 265.000 und 283.000 Euro.

Die Träger dieser Angebote verlieren wegen der Kürzung der städtischen Zuschüsse auch Zuschüsse anderer Förderer, da deren Beitrag an kommunale Zuschüsse gekoppelt ist. Der finanzielle Schaden für die Träger dieser Arbeit ist daher noch größer. Dazu kommt, dass einzelne Lücken das gesamte Netzwerk beschädigen.

Frau H., die nun keinen Seniorennachmittag mehr besuchen kann, bekommt dort auch keinen Hinweis mehr auf eine Beratungsstelle. Weniger Personal heißt für die Einrichtungen auch weniger Vernetzung. Die Qualität des Hilfesystems insgesamt nimmt rapide ab. Und Frau H. vereinsamt.

Spar-Bildung verbaut unsere Zukunft

Nirgendwo sonst sind Ausgaben eine wichtigere Investition in die Zukunft. Doch gerade in diesem Bereich soll an besonders vielen Maßnahmen gespart werden.

→ Im Wahljahr 2009 hat Köln zum ersten Mal armen Kindern die Schulerstaustattung im Wert von 160 Euro ersetzt. Kaum sind die Kommunalwahlen vorbei, soll diese Leistung von 260.000 Euro auch wieder gestrichen werden.

→ Träger sollen für die Kindertagesbetreuung und ihre Kinder- und Jugendarbeit künftig auf mehr als 1,5 Mio. Euro verzichten. Das bedeutet entweder ein kleineres Angebot, das dann weniger Kinder und Jugendliche nutzen, die sich auf der Straße selbst überlassen bleiben. Oder das Personal in den Einrichtungen wird ausgedünnt. Sinnvolle pädagogische Arbeit wird schwierig.

→ In der Offenen Ganztagsgrundschule steckt jetzt schon zu wenig Geld. Die unzureichende Qualität wird sich durch die Einsparungen von über 350.000 Euro (2010) und 640.000 Euro (2011) noch weiter verschlechtern.

→ 2013 soll nicht mehr für 40% der Unter-Dreijährigen ein Betreuungsplatz zur Verfügung stehen, sondern nur für 35%. Schon jetzt ist absehbar, dass diese Zahl nicht ausreicht. Keine Betreuung heißt keine Arbeit für Alleinerziehende und das wiederum heißt mehr Kinderarmut.



Schutz von Jugendlichen wird löchrig

Horror Meldungen von vernachlässigten, missbrauchten und getöteten Kindern haben uns aufgerüttelt.

Auch Köln schaut jetzt genauer hin. Die Zahl von Kindern und Jugendlichen, die aus ihren Familien herausgenommen werden, um in Heimen, Pflegefamilien oder betreuten Wohngemeinschaften zu leben, ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen.

Bevor es dazu kommt, hat das Jugendamt viele Möglichkeiten, der Familie zu helfen. Die Palette reicht von Erziehungsberatung über Gruppenarbeit bis hin zu regelmäßigen Besuchen einer Fachkraft, die die Familie dabei unterstützt, den Alltag besser



zu bewältigen. Die Gewährung dieser „wirtschaftlichen Jugendhilfe“ ist eine Pflichtaufgabe, d.h. die Stadt muss das Geld dafür aufbringen, ob sie will oder nicht.

→ Trotzdem will die Verwaltung hier dieses Jahr 4,68 Mio. Euro sparen, 2011 dann 7,48 Mio. Euro. Sinkende Zahlen von Familien, die Hilfe brauchen, sind unrealistisch. Hier zu sparen heißt, Kinder und Jugendliche frühzeitig im Stich zu lassen. Mehr Heimunterbringungen und höhere Kosten sind noch die unwichtigsten Folgen. Mehr Kinder und Jugendliche, deren Gesundheit und Wohlergehen bedroht sind, sind der eigentliche Skandal!

Flüchtlinge – Sparen bei den Ärmsten

In Köln leben ca. 170.000 Menschen ohne deutschen Pass und ca. weitere 20.000 illegal. Viele Flüchtlinge kennen ihre Rechte nicht und sind auf Unterstützung angewiesen.

→ Kompetente Ansprechpartner sind Beratungsstellen wie der Kölner Flüchtlingsrat. Hier möchte die Stadt 2010 ihre Zuschüsse um die tarifliche Personalkostensteigerung kürzen und ab 2011 pauschal um 8 Prozent.

→ Um denselben Betrag werden die Zuschüsse für interkulturelle Zentren gekürzt. Einrichtungen wie das Allerwelthaus bilden eine Schnittstelle zwischen Deutschen und Menschen aus anderen Ländern. Hier werden Sprach- und andere Kurse angeboten, die der Integration dienen. Auch viele Deutsche informieren sich dort über die Situa-

on in anderen Ländern, besuchen Filme und Vorträge. Hier wird kultureller Austausch gelebt.

→ Einer Gruppe von Menschen, die Hilfen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen, zahlt die Stadt nun die niedrigeren Grundleistungen nicht für 36 Monate, sondern noch ein Jahr länger. Das widerspricht der bisherigen Praxis. Dadurch erhalten die Flüchtlinge jährlich 200.000 Euro weniger.

→ Beim Interkulturellen Referat sollen 2011 Personalkosten von 120.000 Euro entfallen.



Streichung bei Stadtteilbibliotheken

Leseförderung und Bildung der Kinder und Jugendlichen müssen in Köln ernst genommen werden! Sie sichern die Zukunft unserer zunehmend multikulturell geprägten Stadt. Derzeit gibt es noch gerade einmal 11 Stadtteilbibliotheken in 86 Stadtteilen.

→ Die StadtBibliothek Köln ist eine unverzichtbare kulturelle Basiseinrichtung. Trotzdem wurde sie in den letzten Jahrzehnten überproportional zur Kasse gebeten und viele ihrer Einrichtungen geschlossen. Jetzt sollen die Öffnungszeiten weiter reduziert werden: → Einsparung 2010: 50.000 €; Einsparung 2011: 100.000 Euro
→ Durch bürgerschaftliches Engagement wurde der letzte „Kölner Bücherbus“ gerettet, doch jetzt soll er gestrichen werden. Er



fährt aktuell 18 Haltestellen mit jährlich 43.500 Besucher an. Der Bus hält in vielen Stadtteilen, die kulturelle Angebote dringend benötigen. Explizit betroffen sind alte und behinderte Menschen und vor allem Kinder und Jugendliche, gerade auch aus Haushalten, die sich den Kauf teurer Bücher nicht erlauben können!
Einsparung: ca. 108.000 Euro jährlich

Jobs für Geringqualifizierte gestrichen



Die Stadt beklagt einen ständigen Anstieg der Sozialausgaben in den letzten Jahren. Dahinter stecken hauptsächlich Ausgaben für Wohnkosten für Geringverdiener und Er-

werbslose. Personen mit geringer Qualifikation (d.h. mit maximal Pflichtschulabschluss) haben ein wesentlich höheres Risiko, arbeitslos zu werden und zu bleiben, als Personen mit weiterführender Ausbildung. Bei Jugendlichen ist dieses Risiko sogar dreimal so groß. Der Mangel an Ausbildungsplätzen und Arbeitsplätzen für Menschen ohne oder mit nur geringer Qualifikation ist offensichtlich. Die Vorschläge der TaskForce werden diesen Mangel verstärken.

→ Die Stadtgärtnerei soll weiter verkleinert und schließlich geschlossen werden. Abgesehen vom ökonomischen Irrsinn, vom Selbstversorger zum Kunden bei Privatanbietern zu werden, werden Ausbildungsplätze und tariflich bezahlte Arbeitsplätze in Köln vernichtet – auch für so genannte Geringqualifizierte.

Einsparung 2010: 247.900 €

→ Der Vorschlag, den Trägerdienst bei Bestattungen zu privatisieren, führt in die gleiche Richtung. In Städten, in denen er privatisiert ist, wird er gegen Gebühr von Bestattungsunternehmen erbracht. Bestatter beschäftigen dafür Tagelöhner oder Studenten, um ihre ständigen Personalkosten nicht zu erhöhen. Aus tariflich bezahlten Arbeitsplätzen auch für Menschen ohne Berufs- oder Schulabschluss, werden so prekäre Beschäftigungsverhältnisse.

Einsparung: völlig offen

Grün – aber gepflegt muss es sein!

Grünanlagen sind für eine Großstadt unverzichtbar, gerade auch vor dem Hintergrund des Klimawandels. Sie können ihre vielfältigen Aufgaben als Naherholungsorte, Abkühlungszone und Lebensraum für Pflanzen und Tiere aber nur erfüllen, wenn sie gepflegt werden. Selbst Naturschutzgebiete wie die Heide Landschaften würden ohne Pflege verschwinden.

Wenn die einzige Pflege städtischer Grünanlagen auf den Erhalt der Verkehrssicherheit abzielt, dann lässt man sie entweder verwildern (dort, wo es die Sicherheit nicht gefährdet) oder es findet ein radikaler Kahlschlag statt: Von Bäumen und Sträuchern bewachsene Grünstreifen werden gerodet und mit Gras besät, da diese den Verkehr nicht stören.

→ nichtgepflegte und damit ungemähte Ra-

senflächen sind als Liege- oder Spielwiese für die Bevölkerung weder erkenn- noch nutzbar.

→ öffentliche Fußballfelder wie beispielsweise in der Merheimer Heide sind mit kniehohem Bewuchs nicht mehr bespielbar.

→ verwilderte Grünanlagen werden wilden Müll anziehen.

→ gerodete bzw. „auf Stock“ geschnittene Anlagen können weder für Tier noch Mensch ihre Aufgaben erfüllen.

Öffentliches Grün braucht öffentliche und professionelle Pflege. Die Schäden werden ansonsten in absehbarer Zeit sichtbar und spürbar werden. Später die Vernachlässigungen und Fehler zu beheben, würde deutlich teurer werden.

Einsparung 2010: 125.000 Euro;

Einsparung 2011: 250.000 Euro

Verwüstung der Kulturszene

Im Kulturbereich wird seit Jahren massiv eingespart. Einrichtungen wie Oper und Schauspielhaus, oder „Leuchtturmprojekte“, von denen sich die Stadt ein überregionales Image verspricht, bleiben dabei ausgenommen.

Während die Bühnen Köln (Oper, Schauspielhaus, Gürzenich-Orchester) pro Jahr mit 50 Millionen bezuschusst werden, macht die Förderung freier Theater und Projekte gerade mal ein Zehntel hiervon aus.

→ Gerade bei der freien Szene, die einen großen und vielfältigen Personenkreis erreicht, sollen aber 1,326 Millionen Euro gestrichen werden. Das bedeutet für Projekte eine Kürzung um 20-30%, in Einzelfällen sogar bis 76,7%!

Die Verwaltung erwartet selbst „irreparable Einbrüche im Angebot der freien Kulturszene sowie Existenzbedrohungen für die Kulturschaffenden“.

Service und Bürgernähe

Bürgernähe und Bürgerservice sind Schlagworte, die von Politikern aller Parteien gerne ins Feld geführt werden. „Service“ kommt übrigens vom lateinischen „servire – dienen“. Dementsprechend heißt der Ratsbeschluss vom 25.09.2008 auch: „Optimierte Dienstleistung – im Bezirk und im modernen Europa“. Unter anderem wurde vor 2 Jahren beschlossen, das Dienstleistungsangebot in den Stadtbezirken zu erweitern, um den Bürgern lange Fahrten zu ersparen. Die Stadt sollte ein wenig mehr den Bürgern dienen und die Bezirke sollten gestärkt werden. Mitte 2010 sollten Praxiserfahrungen den Ratsgremien vorgelegt werden.

→ Stattdessen legt die TaskForce eine Stellenstreichung vor, die eine Reduzierung der Öffnungszeiten und einen Verzicht auf eine Ausweitung des Aufgabenspektrums in den Bezirken nach sich ziehen. Diese Kürzung geht zu Lasten der weniger mobilen Bürger. Einsparung 2010: 360.400 Euro; Einsparung 2011: 381.600 Euro

→ Außerdem werden die so genannten „Bezirksorientierten Mittel“ gekürzt. Sie ermöglichen den Bezirken mit Kleinstbeträgen bürgerschaftliches Engagement zu unterstützen und teilweise erst zu ermöglichen. Gerade bei Einsparungen im Großen müssten solche Kleinhilfen ausgebaut werden. Einsparung 2010: 56.000 Euro; Einsparung 2011: 56.000 Euro;

Task-Force-Kürzungsliste:
www.linksfraktion-koeln.de/haushalt2010

Platzj abbeck

Bitte **kosten** los schicken

Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE. Köln im Rat der Stadt Köln erhalten. Bitte schicken Sie den „Platzj abbeck“ kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

.....
Name, Vorname

.....
Straße, Postleitzahl, Ort

DIE LINKE., Fraktion im Rat der Stadt Köln
Gülichplatz 1-3, Postfach 103 564, 50475 Köln
Tel. 221-278 40, Fax 221-278 41
email: Dielinke@stadt-koeln.de
Vi.S.d.P. Jörg Detjen



Korrupte und rechtswidrige Finanzgeschäfte

Viele Haushaltsprobleme hat der Rat der Stadt Köln selber zu verantworten, die finanziellen Auswirkungen dauern bis heute an. Ob es die überteuerte Miete des technischen Rathauses in Deutz ist, die Miete für die KölnMesse oder die Crossborder-Leasing-Geschäfte, die zu unkalkulierbaren Risiken gerade in der Finanzkrise führen können: Die Selbstgefälligkeit und Selbstherrlichkeit des Kölner Stadtrates ist schon abenteuerlich und hat die EU-Kommission nicht nur wegen der Köln-Messe auf den Plan gerufen, sondern auch wegen der Kapitaleinlage bei der Sparkasse Köln-Bonn von 390 Mio. Euro. Die Mehrheit des Rates (gegen die Stimmen der LINKEN) dachte doch, man könne der Sparkasse 390 Mio. Euro leihen und bekommt dafür 8% Zinsen zurück. Kommunen dürfen aber keine bankähnlichen Geschäfte machen, auch wenn die Eurozeichen in den Augen mancher etablierten Politiker gar so leuchteten.

DIE LINKE im Rat der Stadt Köln ist seit Jahren dafür eingetreten, dass das Messegeschäft für null und nichtig erklärt und rückabgewickelt wird. Zurzeit wird ein Wertgutachten über die gebauten Messehallen erstellt – eine Forderung die DIE LINKE bereits 2005 gestellt hatte.

Erst durch das Eingreifen der EU-Kommission wird jetzt das Messegeschäft rückabgewickelt. DIE LINKE wird sich im Rat dafür engagieren, dass der Oppenheim-Esch-Fonds keine Profite aus diesem rechts-widrigen Geschäft zieht und die Stadt nur die realen Baukosten zahlt. Auch das ist linke Haushaltspolitik.



Die Bundesregierung, der Bundestag und der Bundesrat haben zahlreiche Stellschrauben die Einnahmen des Bundeshaushaltes zu verbessern. Die Kommunen haben dagegen kaum solche Möglichkeiten. Sie sind von Bundes- und Landeszuschüssen abhängig. Die einzigen Steuern, deren Höhe die Städte selbst beeinflussen können, sind die Gewerbesteuer und die Grundsteuer.

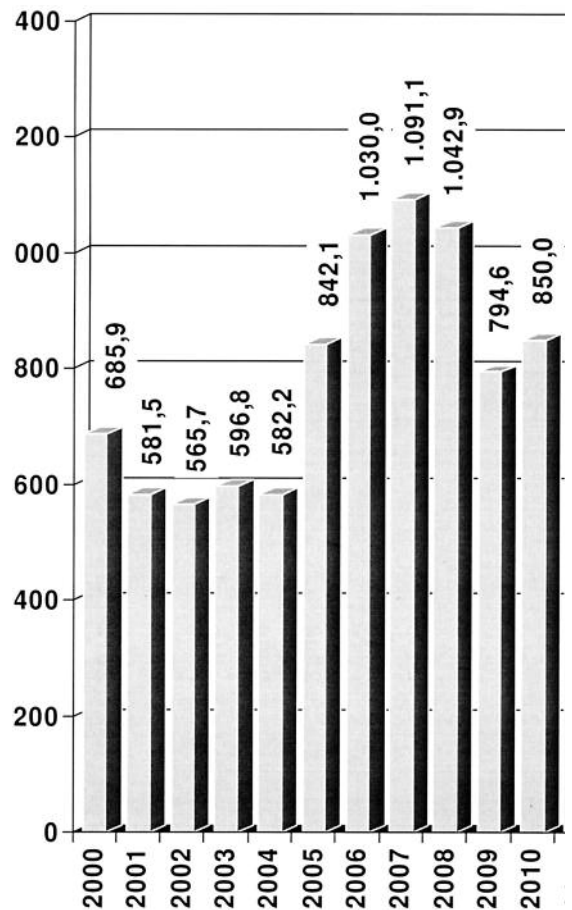
Und genau hier haben die etablierten Parteien im Rat der Stadt Köln zu Gunsten der Kölner Wirtschaft seit 1988 – also 22 Jahre lang – nichts unternommen. Seitdem sind alle möglichen Steuern und Gebühren für Normal- und Geringverdiener erhöht worden, nicht aber die Gewerbesteuer.

DIE LINKE hatte bereits 2003 eine Erhöhung gefordert. Wäre die Forderung umgesetzt worden, hätte die Stadt bis heute ca. 200 Mio. Euro mehr einnehmen können.

In den Jahren 2003/2004 hatte die Bundesregierung das Steuerrecht so verändert, dass große Unternehmen die Gewerbesteuer leichter mit Verlusten verrechnen konnten. Das traf Köln in erheblichem Umfang. Dem Rat der Stadt Köln aber war das keine Lehre. Konjunkturbedingte Gewerbesteuer-Mehreinnahmen in den Jahren 2005 bis 2008 wurden lustig verpulvert. 2009 kam das böse Erwachen, als die Einnahmen wieder um ca. 250 Mio. Euro einbrachen.

Köln hat einen Gewerbesteuerhebesatz von 450 Punkten. Andere Kommunen in NRW liegen inzwischen bei 490 Hebepunkten. Das wären mindestens 50 Mio. Euro jährliche Mehreinnahmen für unsere Stadt. Das würde die Haushaltsprobleme nicht einfach lösen, würde aber zu jährlichen und damit dauerhaften Mehreinnahmen führen.

Einnahmen verbessern – Gewerbesteuer erhöhen!



Denn eines ist gewiss: die Kölner Haushaltsprobleme kann man nicht von heute auf morgen lösen. In einer Großstadt wie Köln, in der sich soziale Probleme bündeln, müssen sich auch die Wirtschaft und die Reichen an den steigenden Kosten beteiligen.

Sozialabbau auf dem Rücken der Armen und Geringverdienenden spaltet die Gesellschaft noch weiter und erhöht die Armut in unserer Stadt. Deshalb wird sich die Ratsfraktion der LINKEN weiterhin für die Erhöhung der Gewerbesteuer einsetzen.